

Bericht	Geschäftsbereich	Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 000 - Büro OB
	Bearbeiter/in Telefon (0202) E-Mail	Nicole Wiemann 563-5428 nicole.wiemann@stadt.wuppertal.de
	Datum:	09.06.2022
	Drucks.-Nr.:	VO/0690/22 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
20.06.2022	Hauptausschuss	Entgegennahme o. B.
21.06.2022	Rat der Stadt Wuppertal	Entgegennahme o. B.
Bewerbung um die Ausrichtung der Bundesgartenschau (BUGA) 2031 - Weiteres Verfahren		

Beschlussvorschlag

Der Bericht zum weiteren Vorgehen wird ohne Beschlussfassung entgegengenommen.

Unterschrift

Schneidewind

Bericht

Am 16. November 2021 wurde der Grundsatzbeschluss des Rates für die Bewerbung der Stadt Wuppertal zur Durchführung einer Bundesgartenschau 2031 (BUGA 2031) gefasst.

Nach dem positiven Votum der Bürger*innen im Rahmen des Bürgerentscheids am 29. Mai 2022, mit dem die Ratsentscheidung für die Bewerbung der Stadt bestätigt wurde, gilt es nun alles Erforderliche vorzubereiten, um die Bewerbung auf den Weg zu bringen und die notwendigen Strukturen aufzubauen.

I. Bewerbungsverfahren

Die Verwaltung bereitet in Absprache mit der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft (DBG) die Bewerbung zur Ausrichtung der Bundesgartenschau 2031 in Wuppertal vor, um diese zeitnah an die DBG zu übergeben.

Das anschließende Vorgehen der DBG (u.a. Begehung) ist in Abstimmung, ebenso die Zeitschiene bis wann mit der formalen Annahme der Bewerbung gerechnet werden kann.

II. Projektmanagement

a. Einrichtung eines Projektbüros

Im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters wird ein Projektbüro eingerichtet, das die Projektkoordination innerhalb der Stadt übernimmt.

b. Dem Bewerbungsbeirat (der nach dem Zuschlag in einen Planungsbeirat umgewandelt werden kann) und dem Stadtrat wird im Sitzungslauf zur Septemberratssitzung eine Projektstruktur vorgelegt, die folgende Eckpunkte beinhalten wird:

- Lenkungskreis auf Dezernentenebene
- Projektgruppen mit verschiedenen Teilprojekten zu den Themen Finanzen, Grundstücksangelegenheiten, Stadtentwicklung, Planungen, Bürgerbeteiligung, Mobilität, BUGA+ u.a.

Erste Aufgabe wird es sein, einen Projektplan zu erarbeiten, der die anstehenden Aufgaben beinhaltet und mit Blick auf die erforderlichen und zur Verfügung stehenden Ressourcen einen soliden Zeitplan mit einer klaren Definition der Ziele und Teilziele in Form von Meilensteinen enthält.

III. Verträge

Die Gespräche zur Ausarbeitung der Verträge mit der DBG wurden aufgenommen. Das städtische Rechtsamt ist involviert und darüber hinaus ist geplant, externen rechtlichen Sachverstand hinzuziehen und eine erfahrene Kanzlei mit der Beratung zu beauftragen.

Ziel ist es, dem Rat in der Septemberratssitzung die erforderlichen, unterschriftsreif vorbereiteten Verträge zur Entscheidung vorlegen zu können.

Mit einer Bundesgartenschau-Gesellschaft geht immer eine Gesellschaftsgründung einher, für die ein Gesellschaftsvertrag erforderlich wird. Darüber hinaus wird ein Durchführungsvertrag abgeschlossen werden müssen.

IV. Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Die Auswirkungen der Bundesgartenschau 2031 auf den städtischen Haushalt wird den Ratsgremien ebenfalls bis zur Sitzungsfolge im September vorgelegt. Es wird dargelegt, welche personellen und finanziellen Aufwendungen hierfür in den Haushalt 2023 einzubeziehen sind.

V. Bürgerbeteiligung

Es ist geplant, eine Bürgerbeteiligung gemeinsam mit dem Beirat für Bürgerbeteiligung, erweitert um weiteren Personen der Stadtgesellschaft, partizipativ

zu erarbeiten. Das Konzept zur Beteiligung wird aufgrund der Komplexität des Themas mehrere Stufen und unterschiedliche Methoden enthalten müssen.

Zum jetzigen Zeitpunkt lassen sich noch nicht alle Fragestellungen im Zusammenhang mit der BUGA absehen, so dass das Konzept im Laufe der Zeit stetig an die aktuellen Erfordernisse angepasst werden muss.